

Mitteilung zu Beschluss-Nummer 133/2012/1.1

TOP: Haushaltssatzung 2012

Zur o. g. Beschluss-Nr.

- erhalten Sie weitere Anlagen.
- erhalten Sie eine neue Sitzungsvorlage. Diese ist gegen die alte auszutauschen.
- wird mitgeteilt:

Zum Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.2012 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Ziffer 1:

Der o. g. Antrag sieht vor, die vorhandenen Haushaltsreste um 50.000 €, zu Gunsten des allgemeinen Haushalts, zu kürzen.

Aus der Sicht der Verwaltung ist hierzu folgendes anzumerken:

- Seit Jahresbeginn wurden bereits zwei Darlehen in Höhe von 10.000 € bewilligt und ausgezahlt. Es ist somit nur noch ein Restbetrag von 52.797 € vorhanden.
- Zurzeit liegen drei weitere Anträge mit einem Gesamtvolumen von 35.000 € vor. Erfahrungsgemäß trifft der Wirtschaftsförderbeirat zwar nicht in allen Fällen eine positive Entscheidung, aber es sind hierfür mindestens 15.000 € einzuplanen.
- Da nicht von einer zeitnahen Genehmigung des HH 2012 ausgegangen werden kann, müssen weitere HH-Mittel für die nächsten Monate eingeplant werden, da von weiteren Antragstellungen auszugehen ist. Für diesen Übergangszeitraum sind ebenfalls mindestens 15.000 € einzuplanen.

Aus den o.g. Gründen kann aus den Haushaltsresten „Wirtschaftsfördermaßnahmen“ maximal ein Betrag in Höhe von 22.797 € als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Unter der Voraussetzung, dass wie oben beschrieben verfahren wird, kann der FD 3.2 einen weiteren Betrag aus dem Ansatz für das HH-Jahr 2012 in Höhe von 20.000 €, als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung stellen. .

Damit würde aus dem „Topf Wirtschaftsfördermittel“ für 2012 ein Gesamtbetrag von 42.797 € aufgebracht.

In diesem Zusammenhang ist auf Nachfolgendes hinzuweisen:

- Im Jahre 2009 wurde die Fortschreibung des Wirtschaftsförderprogramm vom Rat der Stadt Norden einstimmig beschlossen. Für eine Umsetzung dieses Beschlusses wird eine ausreichende Finanzausstattung benötigt. Ansonsten wird die Stadt gegenüber den Antragstellern unglaubwürdig.
- Bei einer Reduzierung der städtischen Wirtschaftsfördermittel auf fast Null ist es unwahrscheinlich, dass wie in den Vorjahren erhebliche Drittmittel (Landkreis Aurich bzw. NBank) eingeworben werden können.
- Das Wirtschaftsförderprogramm wurde in der Vergangenheit - aufgrund der stets beschränkten Finanzmittel - nur zu einem geringen Anteil mit allgemeinen Finanzmitteln ausgestattet.

Der vorhandene Haushaltsrest basiert Größtenteils auf Rückflüssen aus Wirtschaftsförderdarlehen und Erlösen aus Grundstücksverkäufen des FD 3.2 im Gewerbe- und Dienstleistungspark Leegemoor. Er wurde also über mehrere Jahre vom FD 3.2 erwirtschaftet.

- In Absprache mit dem FD 1.1 wurde der Ansatz 2012 im Vorfeld der Haushaltsberatungen um 30.000 € reduziert. Mit dieser Maßnahme wurde vom FD 3.2 bereits ein erheblicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass die jetzige Form der finanziellen Wirtschaftsförderung zu erheblichen Mehreinnahmen für die Stadt Norden geführt hat. In den letzten fünf Jahren konnten zusätzlich über 120.000 € bei den Erschließungskosten vereinnahmt werden.

- Durch den Wegfall der Finanzmittel würde die Motivation des ehrenamtlichen Wirtschaftsförderbeirates weiter beschädigt. Außerdem würde die sehr gewissenhafte Mittelvergabe des Beirates ad absurdum geführt, wenn nicht ausgegebene Finanzmittel umgehend „einkassiert“ werden.
- Mit dem begonnenen Prozess zur Umsetzung der Standortprofilanalyse soll eine Aktivierung und nachhaltige Absicherung der örtlichen Wirtschaft erzielt werden. Zahlreiche Akteure werden in den Prozess eingebunden und sollen unter anderem zu Investitionen in Norden animiert werden. Wie verträgt sich dies mit einer städtischen Wirtschaftsförderung die gegen Null tendiert?

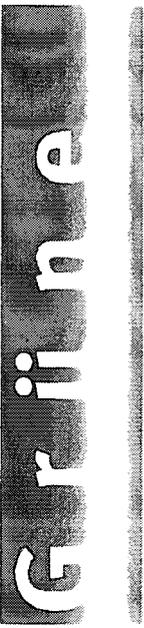
Zu Ziffer 3.:

1. Eine anlassbezogene Prüfung bei Stellenwiederbesetzungen erfolgt bislang verwaltungsseitig in jedem Einzelfall.

2. Auch im öffentlichen Dienst wird es zunehmend schwieriger, gutes und qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen. Viele Beispiele aus der jüngsten Zeit verdeutlichen dies immer mehr. Inzwischen sind hiervon alle Bereiche (vom unteren bis zum höheren Einkommensbereich) betroffen. Selbst im Ausbildungsbereich und im Ein-Euro-Bereich bleiben vereinzelt Stellen in Ermangelung verlässlicher und guter Bewerber unbesetzt.
3. Die Arbeitsverdichtung hat bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inzwischen eine erhebliche Dimension erfahren und überschreitet in vielen Fällen vertretbare Grenzen. Mehrere Langzeiterkrankungen sind hierbei ein untrügliches negatives Zeichen. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn bzw. der Arbeitgeberin Stadt Norden gebietet es, den erforderlichen Ausgleich bei Überlastung zügig herzustellen.
4. Es ist deshalb zunehmend wichtig, langwierige Stellenbesetzungsverfahren zu vermeiden. Unterschiedliche Rechtslagen führen bereits heute zu einer Situation, die einer modernen und flexiblen Personalbewirtschaftung nicht mehr immer gerecht wird. Daraus entstehende Wettbewerbsnachteile sind kostenintensiv und entwicklungshemmend. Es gilt, diese zu vermeiden oder zu beseitigen.
5. Die Ziff. 3 des Antrages der Fraktion ist umfassend und stellt damit auf alle Personaleinstellungen ab, also auch auf Urlaubs- und Krankheitsvertretungen, Aushilfen zur Durchführung von Sonderaufgaben usw.. Eine derartige Regelung ist in diesen Fällen neben den genannten Gründen nicht praxisgerecht, denn es gilt, insbesondere in sensiblen Bereichen (z. B. Kindergärten, Raumpflege, Hausmeisterdienste) schnell zu reagieren. Bei einer vorherigen Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit der Stellenbesetzung im Fachausschuss wird dies auch bei zusätzlichen Sitzungsterminen nicht möglich sein.



Schlag



Ratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Schulstr. 35 - 26506 Norden

An die
Bürgermeisterin
der Stadt Norden

Rathaus

Fraktionsvorsitzende
Kerstin Kolbe
Schulstr. 35
26506 Norden
Telefon (privat): 04931 - 15140
Telefon (dienst): 04932 - 916-167
Telefax: 04931 - 167 107
E-Mail: tulipan@t-online.de
Internet: www.greue-ne-norden.de

Regung

A.4.

Norden, den 17.4.2012

Betr.: Antrag zum Haushalt 2012

FRP
[Signature]

see l.h.l.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

hiermit beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zusammen mit der Haushaltssatzung 2012 folgende Punkte zu beschließen, die auf eine Konsolidierung des Haushaltes hinwirken sollen. Es gilt, die prognostizierte Schuldenentwicklung (10,6 Mio € bis 2015) zu bremsen.

1. Vom Haushaltsrest FD 3.2 Bez. 571-01-901 (Maßnahmen der Wirtschaftsförderung – Wirtschaftsförderdarlehen) in Höhe von 62.797 € werden auf diese Haushaltstelle 12.797 € übertragen. Die restlichen 50.000 € werden als Deckungsmittel für den Haushalt 2012 einbezogen, um Ausgaben lt. vorliegender haushaltswirksamer Anträge zu ermöglichen (Gegenfinanzierung).
2. In den kommenden Sitzungen des FiP (nichtöffentlicher Teil) sind für den Haushalt 2013 Sparziele zu erarbeiten, die im Haushaltsentwurf 2013 entsprechend zu berücksichtigen und darzustellen sind.
3. Alle frei werdenden Stellen sind dem FiP unmittelbar zu melden, sobald Informationen darüber vorliegen. Es ist dann jeweils zu prüfen, ob auf eine Wiederbesetzung verzichtet und die Stelle – vollständig oder teilweise, dauerhaft oder vorübergehend - eingezogen werden kann.

4. Alle Ausgaben für freiwillige Aufgaben der Stadt Norden sowie Zuschüsse an andere Träger, Mitgliedschaften etc. sind nach Haushaltslage dahingehend zu prüfen, ob Einsparungen möglich sind.

5. Die Haushaltssatzung 2012 - inklusive Vorbericht und Zahlenwerk und Erläuterungen - wird, nach Genehmigung durch den LK-Aurich - an prominenter Stelle auf der Webseite der Stadt Norden in benutzerfreundlicher Form veröffentlicht (nicht nur als PDF im Ratsinfosystem).

Mit freundlichem Gruß



(Kerstin Kolbe) Fraktionsvorsitzende - Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen